

# Wahlprüfsteine zu Klimabürger:innenräten von Klima-Mitbestimmung JETZT

<p><b>5</b> Fragen an die sechs* Parteien des 19. Bundestags</p>					
<p><b>1. Frage</b> Wie steht Ihre Partei zu bundesweiten und losbasierten Bürger:innenräten als ergänzendes und konsultatives Beteiligungsverfahren zur parlamentarischen Demokratie?</p>	<p>Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Demokratie auf vielfältige Art und Weise lebendiger zu gestalten und näher zu den Menschen zu bringen. Wir sind die erste Fraktion im Bundestag, die sich dafür einsetzt, zufallsgeloste Bürger*innenräte zur Beratung von Bundestag und Bundesregierung mit einem Beteiligungsgesetz einzuführen. Sie sind ein guter Ort für eine sachliche Debatte zu politischen Themen, können Menschen für Politik begeistern und wertvolle Empfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen abgeben. Verschiedenste Beispiele zeigen, dass zufallsgeloste Bürger*innenforen oft interessante Anregungen in die Politik geben: Sei es in Baden-Württemberg zum Thema Altersvorsorge der Abgeordneten oder in Frankreich zum Klimaschutz. Wir wollen das Instrument zufallsgeloster Bürger*innenräte auch auf Bundesebene gesetzlich verankern und Bundesregierung, Bundestag und der Bevölkerung selbst die Möglichkeit geben, Räte zu ausgewählten Themen einzusetzen.</p>	<p>Wir wollen die Menschen in Deutschland noch mehr in den politischen Prozess einbeziehen, so dass Politiker darüber ein zusätzliches Stimmungsbild vermittelt bekommen. Dabei können Bürgerräte die parlamentarische Demokratie ergänzen. Die Kombination von deliberativen Elementen und repräsentativer Demokratie würde es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, noch öfter mitzugestalten und Politik im Dialog zu erleben. Wir sehen das durchaus als Chance, die Widerstandskraft unserer Demokratie zu stärken. Wichtig ist dabei aber, dass die Parlamente weiterhin die Gestaltungshoheit besitzen. Die letztendlichen Entscheidungen müssen in den Parlamenten getroffen werden, weil nur diese durch die Bürgerinnen und Bürger legitimiert sind.</p>	<p>Wir stehen der Idee der Bürgerräte offen und positiv gegenüber und sehen es als Ergänzung zu den bewährten Formen der repräsentativen Demokratie. Sie sollten mit der Stärkung von direktdemokratischen Verfahren - Bürger- bzw. Volksbegehren und -entscheide - einhergehen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten bekennen uns zur repräsentativen Demokratie. Auch die repräsentative Demokratie gewinnt aber durch neue Instrumente der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger außerhalb von Wahlen. [E]twa durch die Möglichkeit der Bürgerberatung durch Hausparlamente, die Erweiterung des Petitionsrechts um das „Bürgerplenarverfahren“ oder durch per Zufallsauswahl besetzte Bürgerräte.</p>	<p>Wir werden die Erfahrungen mit Bürgerräten aufgreifen und es uns zur Aufgabe machen, neue Wege der unmittelbaren Beteiligung an staatlichen Entscheidungen zu gehen. Durch eine systematische und frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen an staatlichen Projekten können Rechtswege verkürzt und Verfahren beschleunigt werden.</p>
<p><b>2. Frage</b> Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Bundestag</p> <p><b>a.</b> einen rechtlichen Rahmen für die Einberufung von Bürger:innenräten schafft;</p>	<p>Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Bürger*innenräte auf Bundesebene eine gesetzliche Grundlage bekommen - ein sogenanntes "Beteiligungsgesetz".</p>	<p>Wir werden prüfen, inwieweit es in der Zukunft möglich und nötig ist, das in Deutschland bewährte Modell der repräsentativen Demokratie auf Bundesebene mit deliberativen Elementen anzureichern.</p>	<p>Ja. In einem ersten Schritt wollen wir Bürger*innenräte für die Verkehrsplanung einführen, für Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren wollen wir verbindlich Bürger*innenforen vorschreiben. Gerade bei der Verkehrsplanung können große Beiträge für eine klimafreundlichere Infrastrukturpolitik geleistet werden, zugleich müssen ganz unterschiedliche Interessen berücksichtigt werden. Bürgerräte wären ein geeignetes Instrument, um diese Interessen in die politische Diskussion einzubringen und gemeinsame Lösungen zu suchen.</p>	<p>Keine Antwort.</p>	<p>Die Schaffung eines Verfahrens zur Beteiligung der Bürgerräte ist ein Auftrag, der sich aus unserem Zukunftsprogramm ergibt.</p>

\*Die AfD hat unsere Fragen nicht beantwortet.

<p><b>b. Standards für das Verfahren festlegt;</b></p>	<p>Darin sollen auch die Verfahren und die Befassung mit Empfehlungen von Bürger*innenräten geklärt werden. Die Empfehlungen von Bürger*innenräten bzw. Bürger*innengutachten sollen dann in einem standardisierten Verfahren geprüft werden und der Bundestag muss sich damit befassen. Wie, ob und warum Empfehlungen aufgenommen oder nicht aufgenommen wurden, möchten wir transparent handhaben.</p>	<p>Siehe 2a.</p>	<p>Ja. Zur Einführung einer gesetzlichen Grundlage für Bürgerräte gehört selbstverständlich auch die Schaffung von Verfahrensstandards.</p>	<p>Stets muss dabei unmissverständlich klargestellt sein, dass nur das Parlament legitimierte Entscheidungen trifft, der Beratungsauftrag klar eingegrenzt und die Erwartungen klar definiert sind.</p>	<p>Siehe 2a.</p>
<p><b>C. auch der Zivilgesellschaft ein Initiativrecht zur Einberufung einräumt?</b></p>	<p>Wir möchten, dass Bürger*innenräte von der Regierung, vom Parlament und auch aus der Mitte der Bevölkerung - also der Zivilgesellschaft - initiiert werden können.</p>	<p>Keine Antwort.</p>	<p>Ja. Die Einberufung von Bürgerräten sollte selbstverständlich auch auf Initiative aus der Zivilgesellschaft möglich sein, gerade mit Blick auf weitere Politikfelder. Details zu den möglichen Verfahren - etwa vergleichbar dem eines Volksbegehrens oder daran gekoppelt - werden von uns noch erarbeitet.</p>	<p>Die zentralen Orte der Diskussion und Entscheidung sind unsere Parlamente. Entscheidender Adressat und Auftraggeber für mehr Bürgerbeteiligung sind für uns daher die Parlamente.</p>	<p>Insbesondere muss das Initiativrecht bei der Zivilgesellschaft liegen, gerade ein Mehrwert der Bürgerräte das Aufgreifen der Alltagsperspektive der Bürgerinnen und Bürger ist: Sie wissen am besten, was sie zu ihrem Thema machen wollen.</p>
<p><b>3. Frage</b> Wird sich Ihre Partei für eine unabhängige Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung einsetzen, die mit der Entwicklung, Durchführung, Evaluation und Weiterverarbeitung von umfassenden Beteiligungsverfahren, darunter gelosten Bürger:innenräten, betraut wird und über ein eigenes Budget verfügt?</p>	<p>Im Bundestag hat die grüne Fraktion [im Frühjahr] 2021 [...] einen Antrag vorgelegt, der hierzu Ideen entwickelt hat. Darin wurde, ähnlich dem Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB), ein „Büro für Beteiligung“ beim Deutschen Bundestag vorgeschlagen. Das könnte als neutrale Stelle die Planung, Durchführung und Evaluation von Bürger*innenräten und anderen Beteiligungsformaten übernehmen sowie sich um die Wirkungsmessung daraus entstandener Bürger*innenempfehlungen kümmern. Eine solche Institution müsste zur Umsetzung dieser Anforderungen dann auch entsprechend finanziell ausgestattet werden. In Baden-Württemberg haben wir unter grüner Regierungsführung gute Erfahrungen mit einer Staatsrätin inklusive Stabstelle gemacht, die auf Seiten der Exekutive zentrale Verantwortung für das Thema Bürger*innenbeteiligung und Zivilgesellschaft trägt und hier Formate entwickelt, voranbringt und begleitet.</p>	<p>Siehe 2a.</p>	<p>Nein, diese Forderung haben wir bislang nicht in unserem Programm. Wir stehen der Idee aber offen gegenüber. Bei einer Ausweitung von Verfahren zur Bürgerbeteiligung ist eine unabhängige Evaluation bereits bestehender Beteiligungsformate und die Entwicklung neuer Instrumente sinnvoll. Ob dies im Wege der Förderung bereits bestehender zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen geschieht oder gebündelt in einer eigenen Einrichtung muss noch diskutiert werden.</p>	<p>Der Deutsche Bundestag sollte zudem auf Open-Source-Basis eine digitale Plattform mit einer Vorhabenliste einrichten, die staatliche Behörden und Einrichtungen verpflichtet, ihre Pläne und Abwägungen künftig im Sinne echter Informationsfreiheit zu dokumentieren sowie der öffentlichen Kommentierung zugänglich zu machen.</p>	<p>Wir werden das Verfahren so ausstatten, dass eine sinnvolle Beteiligung möglich ist.</p>

\*Die AfD hat unsere Fragen nicht beantwortet.

## 4. Frage

**Wird Ihre Partei öffentlich zu den Empfehlungen des Bürgerrat Klima (buergerrat-klima.de) Stellung nehmen, diese in der parlamentarischen Arbeit sowie etwaigen Koalitionsverhandlungen berücksichtigen und sich in der kommenden Legislatur für die parlamentarische Prüfung der Empfehlungen einsetzen?**

Ja. Wir GRÜNE werben dafür, dass sich alle Fraktionen des Deutschen Bundestages mit den Ergebnissen des Klima-Bürger\*innenrates auseinandersetzen und dazu eine Stellungnahme abgeben. Unsere Bundestagsfraktion will hierbei Vorbild sein. Wir haben den Bürger\*innenrat auch schon zum Austausch in Fraktionsgremien eingeladen. Wir werden die Ergebnisse des Bürger\*innendialogs ernst nehmen und wollen ihre Empfehlungen in politische Handlungen übersetzen.

Dem Parlament sollten die Gutachten der Bürgerräte im Rahmen der Meinungsbildung zur Verfügung gestellt werden.

Ja, selbstverständlich werden wir zu den Empfehlungen des Bürgerrats Klima öffentlich Stellung nehmen und uns für eine parlamentarische Debatte über diese Empfehlungen einsetzen. Auch in Koalitionsverhandlungen werden wir sie berücksichtigen.

Keine Antwort.

Das Votum der Bürger und Bürgerinnen muss für die Politik immer Teil der politischen Meinungsbildung sein. In erster Linie geben uns die Bürger\*innen für unser Wahlprogramm die Stimme, darum haben wir beispielsweise im Vorfeld dieser Wahl einen breiten Beteiligungsprozess organisiert. Im Vorfeld eines Programms sollte auch ein enger Austausch mit den Bürgerräten erfolgen.

## 5. Frage

**Wird Ihre Partei für die Einberufung von Bürgerräten zu klimapolitischen Themen in der nächsten Legislatur eintreten, um Bürger stärker in Entscheidungsfindungen einzubinden und Regierung & Parlament dabei zu unterstützen, sozial ausgewogene und akzeptierte Maßnahmen im Klimaschutz zu verabschieden?**

Wir GRÜNE unterstützen Bürger\*innenräte als Form der direkten Beteiligung am politischen demokratischen Aushandlungsprozess. Gerade in Zeiten starker Polarisierung und gesellschaftlicher Pluralisierung tragen sie dazu bei, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen wieder miteinander ins direkte Gespräch zu bringen und Bündnisse zu stärken - ganz nach dem grünen Politikverständnis „Regieren auf Augenhöhe mit der Zukunft“. In einem solch geschützten Forum können sich Bürger\*innen vorurteilsfrei begegnen. Wir setzen uns dafür ein, dass Bürger\*innenbeteiligung bei der Erarbeitung des Klimaschutzprogramms 2030 verankert wird, wie es noch im Referent\*innenentwurf des alten Klimaschutzgesetzes vorgesehen war. Im Zuge der Novelle des Klimaschutzgesetzes der Bundesregierung wurde jedoch die mögliche Bürger\*innenbeteiligung nicht berücksichtigt. Das ist eine verpasste Chance. Das werden wir ändern.

Über eine Beteiligungsplattform in Sachen Klimapolitik analog zum Bürgerrat Demokratie wollen wir gern diskutieren. Eine breitere Beteiligungsmöglichkeit kann helfen, die Ausprägung der klimapolitischen Ziele mitzugestalten. Die endgültige Entscheidung muss aber im Parlament getroffen werden. Dem Parlament sollten die Gutachten der Bürgerräte im Rahmen der Meinungsbildung zur Verfügung gestellt werden.

Ja, die LINKE unterstützt Bürgerräte als vergleichsweise neue Form der Beteiligung. Durch diese können neue Sichtweisen in die Prozesse eingebracht werden, umgekehrt könnten mehr Bürgerinne und Bürger Interesse haben, sich in der Energie-, Industrie-, Verkehrs, Gebäude- und Agrarwende zu engagieren. In der Debatte steht allerdings nicht nur bei uns, wie vermieden werden kann, dass diese Bürgerräte lediglich folgenlose Alibi-Veranstaltungen werden. Schließlich sind die letztlichen Entscheidungen von Parlamenten bzw durch Volksentscheide zu treffen, was wir nicht verändern, bzw. was wir im Fall der Volksentscheide stärken möchten.

Keine Antwort.

Der Klimawandel ist die Menschheitsaufgabe uns[e]rer Zeit, aber auch die soziale Frage der nächsten Jahrzehnte. Es ist unabdingbar, dass wir auf dem Weg zur Klimaneutralität mu[t]ig voran gehen, aber auch diejenigen im Blick behalten, die zum Beispiel Sorge um ihren Arbeitsplatz haben. Da[s] Ziel ist eine riesige Herausforderung für u[n]s alle, die Aufgaben vielfältig. Darum ist es unabdingbar die Potentiale und die Ergebnisse der Klimaräte bei der Entscheidungsfindung zu nutzen.

**\*Die AfD hat unsere Fragen nicht beantwortet.**